



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten

vom 14.08.2026 bis 21.08.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit – Menschenrechte – verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

China: Christsein im Überwachungsstaat	3
Deutschland: "Sag dem Rechtsstaat leise ‚Servus‘"	4
Deutschland: Anteil der Bestattungen durch Großkirchen sinkt weiter	5
Deutschland: Kirchenkreis sagt Konfirmandenfreizeit wegen anonymer Droh-Mail ab	6
Deutschland: Prof. Thiede - "Liberale Theologie ist ernste Bedrohung für die Kirche"	7
Deutschland: Protest gegen Versammlung von Abtreibungsgegnern eskaliert	8
Deutschland: Zeugen Jehovas füllen das Volksparkstadion in Hamburg	9
Ein ungeheuerlicher Angriff auf Evangelikale!	10
Gazastreifen: Ben-Gvir fordert mehr gezielte Tötungen	11
Großbritannien: Britischer Millionär zahlt Anwälte für verhaftete Straßenprediger	12
Indonesien: „Wir wollen den Menschen auf der Insel Flores das Gefühl geben, dass sie nicht allein sind“	13
Iran: Zahlreiche Länder verurteilen Hinrichtungen im Iran	14
Iran: Zwischen Hinrichtungen, Haft und staatlicher Gewalt	15
Mali: HMK-„Jederzeit bereit, Gottes Wort weiterzugeben“	17
Niger: Entführter US-Missionspilot wieder in Freiheit	18
Nigeria: Angriff auf das Dorf Ungushi	19
Nigeria: UN-Experten warnen vor Gewalt gegen Christen in Nigeria	20
Nigeria: Welle der Gewalt geht weiter: Die Massaker der letzten 2 Wochen	21
Pakistan: Brutaler Mord an Christen – bleibt er ungesühnt?	24
Saudi-Arabien: Bischöfe - Saudi-Arabien soll Hinrichtung von Christen beenden	27
USA: Coca-Cola in der Kritik - Christen vermuten Diskriminierung	28
USA: Personalisierte Ketchup-Flaschen - Heinz blockierte den Namen Jesus	29
Usbekistan: Goldmedaillengewinner wegen israelischer Flagge disqualifiziert	30
Weltweit: Bischof warnt - Religionsfreiheit weltweit eingeschränkt	31

China: Christsein im Überwachungsstaat

Gemeindewachstum im Reich der Mitte

ERF und China Partner e.V.: [China](#) ist ein Überwachungsstaat – auch Christen stehen unter besonderer Beobachtung. [Erik Bürklin](#), Leiter von [China Partner e. V.](#), berichtet über die Situation der Christen in China, über offizielle Kirchen und Hausgemeinden sowie über staatliche Kontrolle und zunehmende Einschränkungen.

Allerdings will Erik Bürklin seinen Blick auch auf Positives richten: Noch nie zuvor sind in China so viele Bibeln gedruckt worden, wie heute und das aktuelle Gemeindewachstum ist weltweit unübertroffen. Seine Begegnungen und Erlebnisse in China haben Erik Bürklin gezeigt, wozu Menschen in China durch ihre Kreativität und unerschütterliche Treue in der Lage sind. Sie sind in vielerlei Hinsicht ein Vorbild für Christen in Europa.

[Website China Partner e. V.](#)

Deutschland: "Sag dem Rechtsstaat leise ‚Servus‘"

Der Theologe und Publizist Jürgen Henkel beklagt ein schwindendes Vertrauen in den Rechtsstaat.

Aus seiner Sicht werden schwere Gewalttaten und ausländerrechtliche Versäumnisse zu nachsichtig behandelt, während der Staat bei schulischen und gesellschaftspolitischen Konflikten konsequent durchgreift.

(übernommen von IDEA) **Ulm:** Ein 30-jähriger Eritreer sticht in einem Elektrofachmarkt auf einen Mitarbeiter ein, verletzt ihn lebensgefährlich und geht dann auf Polizisten los. Vor Gericht: Freispruch wegen einer psychischen Erkrankung.

Saarbrücken: Erst überfällt Ahmet G. eine Tankstelle, dann richtet er einen jungen Polizisten mit 17 Schüssen regelrecht hin. Ins Gefängnis muss der Türke nicht. Er habe während der Tat Angstzustände gehabt, begründet die Richterin den Freispruch vom Mordvorwurf.

Göttingen: Am 11. August 2025 stößt der polizeibekannte abgelehnte irakische Asylbewerber Mohammed A. die 16-jährige Schülerin Liana K. am Bahnhof Friedland vor einen einfahrenden Zug. Sie stirbt. Der Täter sollte bereits 2022 abgeschoben werden – wie viele der Messerstecher, Vergewaltiger und Attentäter der letzten Jahre aus bestimmten Migrantenmilieus.

Alle drei: Psychiatrie statt Haft oder Abschiebung! Der Rechtsstaat versagt beim Schutz seiner eigenen Bürger. Auch der Attentäter des CSD-Anschlags von Berlin, Abdul B., war seit langem polizeibekannt und dank lascher Justiz auf freiem Fuß. Ganz anders ergeht es da der einheimischen Bevölkerung. Zum Beispiel wenn ein 14-jähriger Schüler nicht am Queer-Unterricht des Lobby-Vereins „diversity München“ in seinem Gymnasium teilnimmt. Da flatterte den Eltern jüngst sofort der Bußgeldbescheid des Landratsamts in den Briefkasten. Auch wenn Indoktrinierung an der Schule gesetzlich verboten ist, gerieren sich immer mehr Schulen mittlerweile offen als Agenturen zur Bewerbung queerer Lebensentwürfe und Gesellschaftspolitik. Die Themen werden dabei nicht aus objektiver Warte behandelt, sondern es „unterrichten“ Vertreter der Queer-Lobby. Hier endet aber offenbar die Meinungsfreiheit für den deutschen Rechtsstaat.

Religionsfreiheit und politische Doppelstandards

Wenn muslimische Schulkinder sich weigern, beim Ferienprogramm unseres Kinderhorts am Besuch unserer Kirche teilzunehmen (wohlgemerkt ohne Gottesdienst oder Gebet), oder Kitakindern Halal-Essen bereitzustellen ist, gilt das als Ausdruck von Religionsfreiheit. Als Hunderttausende hysterisierte Schüler weiland bei den „Fridays for Future“-Demos monatelang am Freitag die Schule schwänzten, wurde das im Kampf gegen den Klimawandel nicht nur geduldet, sondern von Lehrkräften, Medien und vielen Politikern noch befördert und blieb meist folgenlos. Doch es droht noch mehr Unheil. Statt sich nach dem CSD-Attentat von Berlin endlich mit der Gefahr des Islamismus auseinanderzusetzen, instrumentalisiert die politische Linke diesen Anschlag nun und will den „Queer-Schutz“ im Grundgesetz verankern. Wer dann noch die biblische Schöpfungslehre und die Ehe aus Mann und Frau als maßgebliches Modell vertritt, gilt automatisch als Verfassungsfeind.

Vertrauensverlust in den Rechtsstaat

Die massive Erosion des Vertrauens der Deutschen in Staat, Politik, Medien und auch in einen Rechtsstaat, der sich gegenüber Schwerverbrechern aus dem Migrantenmilieu durchgehend als zahnloser Papiertiger präsentiert, Widerspruch gegen die neue Gender-Staatsdoktrin jedoch entschlossen ahndet, braucht niemand mehr ernsthaft zu verwundern. Viele gesetzestreue Staatsbürger haben zu diesem Rechtsstaat schon lange leise „Servus“ gesagt.

Deutschland: Anteil der Bestattungen durch Großkirchen sinkt weiter

Das geht aus Berechnungen der Verbraucherinitiative Aeternitas hervor

Königswinter (IDEA) – Bestattungen in Deutschland werden immer seltener von Geistlichen der beiden großen Kirchen begleitet. Das geht aus Berechnungen der Verbraucherinitiative Bestattungskultur Aeternitas (Königswinter bei Bonn) hervor. Wie sie in einer Pressemitteilung erklärte, lag der Anteil kirchlicher Bestattungen im Jahr 2024 bei 43,3 Prozent. Insgesamt habe es in diesem Jahr in Deutschland rund eine Million Todesfälle gegeben. Laut den Statistiken der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz gab es in diesem Jahr rund 436.000 kirchliche Bestattungen (223.000 evangelische und 213.000 katholische). Damit setze sich ein Trend fort, der schon seit Jahren zu beobachten sei. 2020 war der Anteil der kirchlichen Bestattungen nach Berechnungen von Aeternitas erstmals unter 50 Prozent gesunken. Im Jahr 2000 habe er noch bei 71,5 Prozent gelegen. Gleichzeitig würden immer mehr Bestattungen von freien Trauerrednern begleitet.

Deutschland: Kirchenkreis sagt Konfirmandenfreizeit wegen anonymer Droh-Mail ab

Trotz Entwarnung der Polizei wollte die Leitung „kein Risiko eingehen“

Bochum (IDEA) – Der Evangelische Kirchenkreis Bochum hat eine geplante Konfirmandenfreizeit wegen einer anonymen Droh-Mail abgesagt. Das teilte er auf seiner Internetseite mit. An dem „KonfiCamp“ in Otterndorf bei Cuxhaven sollten rund 300 Jugendliche und 60 Betreuer teilnehmen. Die Droh-Mail sei am Wochenende beim Kirchenkreis eingegangen. Nach intensiver Abstimmung mit der Polizei habe die Kirchenkreisleitung beschlossen, die Fahrt abzusagen. Nach einem Bericht des Westdeutschen Rundfunks war der Staatsschutz der Polizei bei einer Prüfung der Mail zu dem Ergebnis gekommen, dass die Freizeit wie geplant stattfinden könne. Hinter der ausgesprochenen Drohung lasse sich keine Ernsthaftigkeit erkennen. Der Kirchenkreis erklärte auf seiner Internetseite: „Die Sicherheit aller am Camp beteiligten Personen steht an erster Stelle. Die Leitungsteams wollen an dieser Stelle kein Risiko eingehen.“

Deutschland: Prof. Thiede - "Liberaler Theologie ist ernste Bedrohung für die Kirche"

Die Unterscheidung zwischen „wahrer“ und „falscher Kirche“ nicht aufgeben

Hofgeismar (IDEA) – Der Theologieprofessor und Ruhestandspfarrer Werner Thiede (Neuhausen bei Pforzheim) sieht in der liberalen Theologie eine ernste Bedrohung für die Kirche. Das erklärte er am 14. August beim 11. Ökumenischen Bekenntniskongress der [Internationalen Konferenz Bekenntender Gemeinschaften](#) (IKBG) in der Evangelischen Tagungsstätte Hofgeismar bei Kassel. Rund 60 Teilnehmer waren zu der Veranstaltung unter dem Motto „Unsere Hoffnung lebt“ gekommen. Thiede zufolge ist eine evangelische Kirche, die sich von den typischen Verkürzungen und Umdeutungen liberaler Theologie beherrschen lasse „ein Schiff ohne Kompass“. Das Bekenntnis zu Christus mache eigentlich die Kirche als Glaubensgemeinschaft aus, die „dankbar auf den lebendigen und in Herrlichkeit wiederkommenden Christus konzentriert“ sei. Er verwies auf die Grundformel des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), wonach dieser „eine Gemeinschaft von Kirchen“ bilde, „die unseren Herrn Jesus Christus als Gott und Heiland anerkennen“. Folglich könne die Definition der Kirche nicht etwa beliebig ausfallen oder zur Diskussion stehen. Die traditionelle Unterscheidung zwischen „wahrer“ und „falscher Kirche“ dürfe keineswegs aufgegeben werden. Sonst feierten „Irrlehren innerhalb der Kirche fröhliche Urständ“, und es käme zu bedenklichen Umdefinitionen oder zur Vermischung mit anderen Religionen.

„Christen sind nicht einfach Anhänger und Bewunderer eines Märtyrers“

Als aktuelles Beispiel für die Aushöhlung des Glaubens nannte Thiede einen im Deutschen Pfarrerrinnen- und Pfarrerrblatt (Heft 1/2026) veröffentlichten „Katechismus für ein liberales Christentum“ des Theologen und Publizisten Kurt Bangert. Dieser mache aus Jesus einen „politischen, freilich gewaltfrei agierenden Sozialrevolutionär“, wie ihn das Neue Testament nirgends schildere. Bangert sehe den Tod Jesu lediglich als einen „Märtyrer-Tod“ an und verabschiede die Osterbotschaft mit ihrer Rede vom leeren Grab. Das sei „eine grobe Verkürzung“ des biblisch und kirchlich überlieferten Evangeliums. „Christen sind nicht einfach Anhänger und Bewunderer eines Märtyrers“, so Thiede. Wo die neutestamentliche Heilsbedeutung des Kreuzestodes Jesu durch eine bloße Märtyrer-Erzählung ersetzt werde, falle auch die für den Protestantismus grundlegende Lehre von der Rechtfertigung allein aus Gnade. Thiede [kritisierte](#) ferner den Berliner Theologen und Referenten der „Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen“ (EZW), Martin Fritz. Dieser habe sich dafür ausgesprochen, zentrale Dogmen wie den Sühnetod Jesu, die göttliche Dreieinigkeit oder die Auferstehung der Toten nicht länger als entscheidende Bestandteile christlicher Lehre zu betrachten. Vielmehr befürworte er es, Menschen auch ohne das Bekenntnis zu Christus in der Kirche halten zu wollen. Das aber, so Thiede, laufe darauf hinaus, die theologische Unterscheidung zwischen wahrer und falscher Kirche aufzuheben. So würden „die Fundamente der hoffenden Kirche, die sich auf den biblisch bezeugten Christus gründet“, untergraben.

Vordringen liberaler Theologie führt zu mehr Kirchenaustritten

Der Dogmatikprofessor sieht einen Zusammenhang zwischen dem Vordringen liberaler Theologie und der Zunahme an Kirchenaustritten. Eine Kirche, „die verlernt hat, ihr inneres Zentrum, den lebendigen Grund ihrer Anbetung und Hoffnung klar und beständig im Auge zu behalten“, verliere „naturgemäß an Anziehungskraft“. Wenn Kirchenleitungen meinten, „durch laxes Absehen vom Christus-Bekenntnis Menschen innerhalb ihrer Mauern halten oder gar hineinlocken zu können“, so erreichten sie damit nur solche Menschen, die mit dem wahren, wirklichen Christus wenig bis gar nichts zu tun haben wollten. Die IKBG ist nach eigenen Angaben ein weltweiter Zusammenschluss von Christen verschiedener Konfessionen, die sich als „bekenntend“ verstehen: „Sie nehmen die Bibel mit Altem und Neuem Testament als verbindliche Grundlage für Glauben und Ethik an und bekennen sich mit dem Apostolischen und dem Nizänischen Glaubensbekenntnis zum Dreieinigen Gott.“ Als Präsident amtiert der württembergische Pfarrer Ernst Nestele (63/Winterlingen/Schwäbische Alb). Er wurde im Rahmen des Kongresses offiziell als [Nachfolger](#) von Pastor Ulrich Rüß (Hamburg) eingeführt, der das Amt seit [2009](#) ausübte.

Deutschland: Protest gegen Versammlung von Abtreibungsgegnern eskaliert

Göttingen: Polizei musste Lebensrechtler schützen – Zwölf verletzte Beamte

Göttingen (IDEA) – In Göttingen ist der Protest gegen eine friedliche Versammlung von Abtreibungsgegnern eskaliert. Dabei wurden zwölf Polizeibeamte verletzt. Nach Angaben der Polizei hatte am 15. August auf dem Marktplatz eine ordnungsgemäß angemeldete Versammlung unter dem Motto „Öffentlicher Rosenkranz gegen Abtreibung“ stattgefunden. Daran hätten rund 20 Personen teilgenommen, darunter einige aus Frankreich. Im Verlauf der Veranstaltung habe sich ein spontaner Gegenprotest formiert. Es sei zu lautstarken Störungen durch Zwischenrufe und laute Musik gekommen. Wegen der zunehmend angespannten Stimmung hätten die eingesetzten Polizeikräfte eine Kette gebildet, um ein Aufeinandertreffen der beiden Gruppen zu verhindern. Nach dem Ende der Versammlung hätten die Teilnehmer – begleitet von Einsatzkräften – den Marktplatz verlassen, um zu ihren Fahrzeugen zu gehen. Laut Polizei versuchten dabei Gegendemonstranten, die Polizeikette zu durchbrechen, um zu den Teilnehmern der beendeten Versammlung vorzudringen. Dabei hätten Personen aus dem Gegenprotest auch Gewalt gegen Einsatzkräfte angewendet.

Einsatz von Pfefferspray

Den Angaben zufolge musste die Polizei die Angreifer zurückdrängen. Dabei sei es auch zum Einsatz körperlicher Gewalt und von Pfefferspray gekommen. Ein unmittelbares Aufeinandertreffen der Gruppen habe man verhindern können. Zwölf Polizeibeamte hätten Verletzungen erlitten im Zusammenhang mit dem Einsatz des Pfeffersprays. Zu möglichen Verletzungen von Teilnehmern der Versammlung und des Gegenprotests liegen der Polizei bislang keine Erkenntnisse vor. Zur medizinischen Versorgung waren mehrere Rettungswagen im Einsatz. Veranstalter von Versammlungen unter dem Motto „Öffentlicher Rosenkranz gegen Abtreibung“ ist die katholische Laienbewegung „Deutsche Gesellschaft für Tradition, Familie und Privateigentum“. Zum Hintergrund: In Göttingen gibt es eine starke autonome und linksradikale Szene, die oft aggressiv gegen Andersdenkende auftritt, etwa bei Aktionen für das Lebensrecht ungeborener Kinder.

Deutschland: Zeugen Jehovas füllen das Volksparkstadion in Hamburg

Zehntausende Teilnehmer besuchten den internationalen Kongress

Hamburg (IDEA) – Zehntausende Angehörige der Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas haben sich vom 14. bis 16. August zu einem internationalen Kongress im Hamburger Volksparkstadion versammelt. Wie der Norddeutsche Rundfunk (NDR) berichtete, ließen sich im Rahmen des Kongresses rund 40 Erwachsene taufen. Fans des Hamburger Sport-Vereins (HSV) äußerten teils heftige Kritik an der Vermietung des Stadions an die Sondergemeinschaft. Laut einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ liegt die Stadionmiete für die dreitägige Veranstaltung im sechsstelligen Bereich. Der Sprecher der Zeugen Jehovas in Norddeutschland, Michael Tsifdaris, erinnerte gegenüber dem Sender SAT.1 REGIONAL daran, dass in der NS-Zeit über 4.000 Zeugen Jehovas in Konzentrationslager gesperrt und etwa 1.800 ermordet worden seien. Die Nationalsozialisten hatten sie unter anderem wegen der Verweigerung des Wehrdienstes verfolgt.

Nach dem Amoklauf von 2023: Gemeinde in Alsterdorf trifft sich wieder

Im März 2023 hatte ein [Amoklauf](#) die Zeugen Jehovas in Hamburg erschüttert. Ein ehemaliges Mitglied der Gemeinschaft war kurz nach einem abendlichen Gottesdienst in ein Gemeindezentrum im Stadtteil Alsterdorf eingedrungen und hatte sieben Menschen, darunter ein ungeborenes Kind, und sich selbst erschossen. Elf weitere Menschen wurden verletzt. Der Amoklauf hatte in Deutschland und international große Betroffenheit ausgelöst. Seit Anfang Mai 2026 finden laut dem NDR in dem komplett renovierten Gebäude wieder Gottesdienste statt.

Eine Sondergemeinschaft

Die Zeugen Jehovas sind eine religiöse Sondergemeinschaft, die sich selbst als christlich versteht. Sie hat ihre Ursprünge in den USA und lehnt den Glauben an die Göttlichkeit Jesu ab. Das Feiern von Geburtstagen und kirchlichen Festen wie Weihnachten und Ostern lehnen die Zeugen Jehovas als „heidnische Bräuche“ ab. Weltweit zählt die Gemeinschaft nach eigenen Angaben mehr als neun Millionen Mitglieder in 241 Ländern. In Deutschland gibt die Glaubensgemeinschaft rund 177.000 aktive Mitglieder an. Die deutsche Zentrale befindet sich in Selters (Taunus), der Sitz in Berlin. Die Mitglieder verweigern sich Bluttransfusionen ebenso wie dem Militärdienst und der Teilnahme an Wahlen. Evangelische Weltanschauungsbeauftragte äußerten sich wiederholt kritisch über die Zeugen Jehovas. Die Religionsgemeinschaft versuche, sich in der Öffentlichkeit als modern und offen darzustellen, sei aber intern straff hierarchisch aufgebaut. Auf die Mitglieder werde enormer psychischer Druck ausgeübt. Zweifel an Glaubenssätzen würden nicht geduldet, Aussteiger mit sozialer Isolation emotional unter Druck gesetzt.

Ein ungeheuerlicher Angriff auf Evangelikale!

Zum Wahlprogramm der Partei „Die Linke“ zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt ein Zwischenruf des Leiters der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA, Dennis Pfeifer

Was für eine Entgleisung im Wahlprogramm der Linken! Evangelikale Christen werden dort in einem Atemzug mit Dschihadisten genannt. Also mit Terroristen. Mit Fanatikern, die im Namen ihrer Ideologie Menschen ermorden, unterdrücken und unsere gesamte Gesellschaft verachten. Diese Gleichsetzung ist nicht nur falsch, sie ist niederträchtig.

Wörtlich heißt es im [Wahlprogramm](#) der SED-Nachfolgepartei zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt: „Die Linke setzt sich dafür ein, dass religiöser Fundamentalismus, sei er christlich-evangelikaler oder jihadistischer Prägung, durch Intervention, Aufklärungsarbeit, Prävention und zivilgesellschaftliche Initiativen entschieden bekämpft wird.“

Evangelikale bauen keine Bomben

Evangelikale Christen bauen keine Bomben. Sie werben keine Selbstmordattentäter an. Sie stechen in Regionalzügen nicht wahllos auf Menschen ein. Sie rufen nicht zum „heiligen Krieg“ auf. Sie engagieren sich in Tafeln, Gemeinden, Schulen, Hospizen und der Flüchtlingshilfe. Sie beten, helfen, spenden, trösten. Und sie haben jedes Recht, ihren Glauben öffentlich zu leben und zu vertreten.

Mieses ideologisches Ziel

Die Linke verharmlost mit ihrer Formulierung den Dschihadismus und beleidigt zugleich unzählige friedliche Christen. Wer ernsthaft evangelikale Gläubige und islamistische Gewalttäter in dieselbe Schublade steckt, hat entweder gar keine Ahnung oder verfolgt ein mieses ideologisches Ziel, nämlich evangelikale Christen pauschal zu diskreditieren und ihre Überzeugungen gefährlich erscheinen zu lassen. Dass dabei noch martialisch von Bekämpfung die Rede ist, setzt dem Ganzen die Krone auf!

Dieser Satz gehört gestrichen. Sofort! Und die Verantwortlichen schulden evangelikalen Christen eine glasklare Entschuldigung.

Gazastreifen: Ben-Gvir fordert mehr gezielte Tötungen

Terroristen im Gazastreifen

(von Israelnetz/ 18. August 2026) Der israelische Polizeiminister Itamar Ben-Gvir hat gefordert, im Gazastreifen jede Nacht 30 bis 40 Terroristen gezielt zu töten – auch wenn diese keine unmittelbare Bedrohung darstellten. Er machte die Äußerung in der Auftaktfolge des neuen Podcasts „8. Oktober“ von der ehemaligen Geisel [Rom Braslavski](#). Ben-Gvir sagte zudem, er wolle möglichst viele Bewohner des Gebietes zum Auswandern bewegen. Der gesamte Gazastreifen sei „unser Gebiet“. Braslavski bat um die Erlaubnis, selbst Terroristen töten zu dürfen. Er kam am 13. Oktober nach zwei Jahren Gefangenschaft beim Islamischen Dschihad frei. (eh)

Großbritannien: Britischer Millionär zahlt Anwälte für verhaftete Straßenprediger

Samuel Leeds beklagt „Doppelmoral“ gegenüber Christen in Großbritannien

London (IDEA) – Der britische Immobilienunternehmer und Social-Media-Influencer Samuel Leeds (35) will die Anwaltskosten festgenommener christlicher Straßenprediger in Großbritannien persönlich übernehmen. Anlass sind mehrere Polizeieinsätze gegen Prediger, darunter die Festnahmen der Pastoren Dia Moodley in Bristol und Steve Maile in Watford. Die Ermittlungen gegen Moodley wurden später eingestellt. Er sei „entrüstet und schockiert“, dass Christen in einem christlichen Land für ihre Verkündigung verhaftet würden, sagte Leeds dem Onlinemagazin „Truth Times“. Weltweit würden Christen verfolgt. In Großbritannien mitanzusehen, „wie Christen zuerst verachtet, dann gehasst und jetzt unterdrückt werden“, beunruhige ihn zutiefst.

„Ordentliche Rechtsvertretung“ für Betroffene

Da er wirtschaftlich erfolgreich sei, halte er es für „nur recht und angemessen“, finanziell zu helfen, sagte Leeds. Betroffene sollten eine „ordentliche Rechtsvertretung“ erhalten, statt „einfach von Polizeibeamten zum Schweigen gebracht zu werden, die manchmal ihre Kompetenzen überschreiten und das Gesetz selbst nicht verstehen“. Wo Christen „allein wegen der Verkündigung ihres Glaubens“ unfair ins Visier gerieten, sei er bereit, sein Geld für ihre Verteidigung einzusetzen.

Vorwurf der Doppelmoral

Leeds beklagte eine Doppelmoral in Großbritannien: „Wir sind ein christliches Land, das jeden Menschen und jede Religion toleriert – abgesehen zunehmend von den Christen selbst.“ Von einer koordinierten Kampagne gegen das Christentum wollte er nicht sprechen. Das Land bewege sich aber „in Richtung einer zunehmend staatlich gelenkten Gesellschaft, die in mancher Hinsicht fast kommunistisch anmutet“.

„Rückkehr zu Gott“ als einzige Hoffnung

Die „einzige Hoffnung für Großbritannien“ sieht Leeds in einer Rückkehr zu Gott. „Gott segnet uns, wenn wir seinen Prinzipien in der Bibel folgen.“ Er sei selbst Christ und „keineswegs vollkommen“. Wer Gott aber den Rücken kehre, seinen Namen missbrauche und sich öffentlich über Jesus Christus lustig mache – „was in Großbritannien so normal geworden ist“ –, könne nicht erwarten, „dass alles weiter gedeiht, ohne Konsequenzen zu haben“.

Indonesien: „Wir wollen den Menschen auf der Insel Flores das Gefühl geben, dass sie nicht allein sind“

Maumere (Fides) – Erst fünf Tage sind seit dem schweren Erdbeben vergangen, das die Insel Flores am Samstagmorgen, dem 15. August, mit einer Stärke von 7,7 erschütterte.

„Die Erde bebt weiterhin: Es gab mehr als 1.500 Nachbeben, und die Bevölkerung haben immer noch Angst davor, in ihre Häuser zurückzukehren. Die vorläufigen Angaben der zuständigen Behörden sprechen von mindestens 68 Toten, über 200 Verletzten und mehr als 4.500 beschädigten Häusern. Rund 19.000 Menschen sind in verschiedenen Teilen der Insel vertrieben worden“, berichtete Pater Luigi Galvani, ein Kamillianer-Missionar, der sich am Tag des Erdbebens auf der Flores aufhielt, gegenüber Fides.

„In Maumere“, fährt der Missionar fort, „haben viele Familien, insbesondere die ärmsten, Angst, in ihre Häuser zurückzukehren, und schlafen im Freien oder in provisorischen Zelten. Sie bringen Kinder, ältere Menschen und hilfsbedürftige Personen mit. Zu den dringendsten Bedürfnissen gehören Trinkwasser, Nahrungsmittel, Decken, Zelte, Medikamente und medizinische Versorgung. Die Pfarreien sind zu Orten der Aufnahme und Hoffnung geworden. Obwohl mehrere Kirchen beschädigt wurden, sind die Pfarreien zu Zentren der Willkommenskultur, der Solidarität und des Zuhörens geworden, insbesondere für Familien, die ihr Zuhause verloren haben oder noch nicht zurückkehren können.“

„Das Netzwerk der indonesischen katholischen Kirche und unsere Diözese Maumere haben sich zusammengetan, um Informationen über die Schäden zu sammeln und die Hilfe in den am stärksten betroffenen Gemeinden zu koordinieren“, erklärte Pater Luigi Galvani. „Wir waren zutiefst erschüttert über die Nachricht vom Tod eines Seminaristen des interdiözesanen Priesterseminars Ritapiret. Er starb gestern im Krankenhaus von Maumere an den schweren Verletzungen, die er sich beim Erdbeben zugezogen hatte. Im Moment des Bebens hatte er sich in Panik aus dem Fenster im dritten Stock des Seminars gestürzt. Diese Tragödie hat tiefe Trauer im Seminar, in den Ordensgemeinschaften und in der gesamten Ortskirche ausgelöst.“

„Als Kamillianer versorgen wir in dieser Zeit vor allem die bedürftigsten Familien, die Alten, die Kranken und die Menschen mit Behinderungen, die in Notsituationen immer am ehesten in Vergessenheit geraten. Inmitten der Angst möchten wir den Menschen auf Flores das Gefühl geben, dass sie nicht allein sind.“

(AP/LG) (Fides 19/08/2026)

Iran: Zahlreiche Länder verurteilen Hinrichtungen im Iran

Das iranische Regime hat in diesem Jahr bereits hunderte Protestler hingerichtet. Mehrere Länder verurteilen dies nun und fordern ein Ende dieser Praxis.

Von Israelnetz vom 14. August 2026

BERLIN / TEHERAN (inn) – Mehr als 30 Länder haben die anhaltenden Hinrichtungen im Iran auf das Schärfste verurteilt. In einer gemeinsamen Stellungnahme schrieben sie am Dienstag: „Die Anwendung der Todesstrafe, um Andersdenkende zum Schweigen zu bringen, Gemeinschaften einzuschüchtern und Individuen zu bestrafen, die ihre Menschenrechte ausüben, kann niemals gerechtfertigt sein.“

Die Länder fordern das Regime auf, die Anwendung der Todesstrafe sofort einzustellen. „Wir rufen den Iran außerdem dazu auf, auf die Stimme seines Volkes zu hören, wenn es Wandel fordert, und bedeutsame Schritte zu unternehmen, um den Respekt für Menschenrechte sicherzustellen.“

An der Stellungnahme beteiligten sich größtenteils europäische Staaten, darunter Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Österreich. Hinzu kommen die außereuropäischen Länder Australien, Kanada und Neuseeland sowie die Europäische Union.

Organisation: Schon mehr als 900 Hinrichtungen dieses Jahr

Nach Zählung der Organisation Abdorrahman-Borouman-Zentrum für Menschenrechte im Iran hat das Regime seit Jahresbeginn mindestens 920 Hinrichtungen vorgenommen, im Vorjahr waren es demnach 2.113. Das Zentrum stützt sich auf offizielle Mitteilungen. Die Nachrichtenseite „Iran International“ mutmaßt, dass die wirklichen Zahlen deutlich höher liegen, da die Behörden in vielen Fällen Informationen zurückhalten.

Am 1. August richtete das Regime etwa den 20-jährigen Arvin Kheirkhah hin. Behörden hatten ihn während der Massenproteste im Januar gefangengenommen. Die Anklage lautete auf „Kriegsführung gegen Allah“. In seinem letzten Gespräch mit der Familie soll er gesagt haben: „Lasst nicht zu, dass sie mich vergessen. Lasst nicht zu, dass der Weg, den wir eingeschlagen haben, zum Schweigen gebracht wird.“

Foto: privatDas iranische Regime ließ Arvin Kheirkhah wegen seiner Teilnahme an den Protesten hinrichten

Proteste gegen Hinrichtungen

Wenige Tage zuvor hatte der Iran drei junge Männer in Isfahan öffentlich gehängt: Amirhossein Safari und die beiden Brüder Abolfazl und Alireza Sepahi. Sicherheitskräfte gingen gegen Menschen vor, die die Hinrichtungen stoppen wollten.

Die drei Männer waren ebenfalls wegen ihrer Teilnahme an den landesweiten Protesten im Januar verurteilt worden. Nach verschiedenen Schätzungen haben die Sicherheitskräfte damals deutlich mehr als 30.000 Demonstranten getötet.

Junge Frau hingerichtet

Das Regime fährt indes auch mit Todesstrafen unter anderen Begründungen fort. Am Samstag exekutierte es im Gefängnis von Qaswin im Norden des Landes die 24-jährige Marzihyeh Neyri. Ihr wurde vorgeworfen, ihren Mann im Jahr 2021 getötet zu haben. Ihre Sicht, sie habe in Selbstverteidigung gehandelt, fand vor Gericht kein Gehör.

Ihrer Darstellung nach hatte ein Geschäftspartner sie unter Alkoholeinfluss und im Beisein ihres Mannes sexuell angegriffen. Als sie sich mit einem Küchenmesser zur Wehr setzte, verwundete sie beide Männer, ihr Ehemann erlag den Verletzungen.

Sie versteckte sich vier Tage lang und suchte schließlich Schutz bei ihrem Bruder. Dieser übergab sie aber den Behörden. Ein Jahr zuvor war sie als 17-Jährige zwangsverheiratet worden. (df)

Iran: Zwischen Hinrichtungen, Haft und staatlicher Gewalt

217.Tag der Revolution Berichtszeitraum: 22. Juli 2026 bis 10. August 2026

(IGFM) Allgemeine Lage: In den vergangenen Wochen haben die iranischen Behörden erneut deutlich gemacht, wie sie die aktuelle politische Lage für eine Ausweitung staatlicher Repression nutzen. Festnahmen, Einschränkungen des öffentlichen Lebens und die Verfolgung kritischer Stimmen gehen weiter. Gleichzeitig erreicht die Zahl der Hinrichtungen ein alarmierendes Ausmaß. Laut Angaben vieler Medien und NGOs wurden im Juli mindestens 71 Menschen hingerichtet, darunter sechs Personen im Zusammenhang mit den Protesten. Weitere Hinrichtungen wurden Anfang August gemeldet. Damit bleibt die Todesstrafe eines der wichtigsten Mittel der iranischen Justiz gegen die eigene Bevölkerung. Der folgende Bericht gibt einen Überblick über die Entwicklungen vom 22. Juli bis zum 10. August 2026.

Opfer der Islamischen Republik: Gewalt und Todesfälle

Sara Saeedi, eine 39-jährige Mutter zweier Töchter aus Mashhad in der Provinz Razavi-Khorasan, wurde am 9. Januar 2026 im Stadtteil Imamiyeh durch einen direkten Schuss in Kopf und Gesicht von Regimekräften getötet. Ihrer Familie wurde der Leichnam nach drei Tagen gegen Geld und mit der Auflage, keine Beerdigungszeremonie abzuhalten, übergeben. Auf ihrer Sterbeurkunde wurde „Zusammenstoß mit landwirtschaftlichen Maschinen“ als Todesursache angegeben.

Karim Heydari wurde am 8. Januar 2026 bei Protesten vor der Provinzverwaltung von Bandar Ganaveh in der Provinz Bushehr erschossen. Der 31-Jährige war verheiratet und Vater einer zweijährigen Tochter. Ein Verwandter von Karim berichtete auf Instagram, dass nach dessen Mord die Bankkonten und SIM-Karten seiner Familie gesperrt worden seien. Seine Angehörigen seien gezwungen worden, ihr Geschäft zu schließen. Anschließend hätten die Behörden sogar das Nummernschild ihres Autos unter Verschluss genommen.

Nazanin Zahra Salehi, ein 13-jähriges Mädchen aus der Provinz Kermanshah, wurde am Abend des 9. Januar 2026 während der Volksproteste durch einen direkten Schuss von Regierungskräften getötet.

Willkürliche Festnahmen und Hinrichtung:

Am 28. Juli 2026 wurden **Abolfazl Sepahi** und **Amirhossein Safari**, die während der Proteste im Januar 2026 auf dem Alikhani-Platz in Isfahan festgenommen worden waren, öffentlich hingerichtet. Die beiden wurden in einem als „Isfahan-Ali-Khan-Platz“-Fall bekannten Verfahren vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt. Vor einiger Zeit wurden bereits Erfan Esfandiari und Gol Mohammad Mohammadi, zwei weitere Angeklagte in diesem Fall, hingerichtet.

Mohammad Javad Mohammadzadeh Tavasani, ein Student aus Rasht, wurde im Zusammenhang mit den Protesten im Januar 2026 festgenommen. Er wird seit fast sechs Monaten ohne gerichtliche Entscheidung im Azbarem-Gefängnis in Lahijan festgehalten. Sein Fall wird derzeit bei der Staatsanwaltschaft in Lahijan verhandelt. Ihm wird unter anderem „Handlungen gegen das System“, „Zusammenarbeit mit ausländischen Medien und feindlichen Gruppen oder Regierungen“ sowie „Zusammenarbeit mit dem zionistischen Regime“ zur Last gelegt.

Die junge iranische Pianistin **Negin Khaksar** wurde am 12. Januar 2026 von bewaffneten Einheiten des islamischen Regimes festgenommen, da sie an Protesten gegen das Regime teilgenommen hatte. Erst einen Tag nach ihrer Festnahme durfte sie ihre Familie anrufen. Seitdem ist unklar, wo sie sich befindet und was mit ihr geschehen ist. Besorgniserregend ist, dass Negin aufgrund ihrer Schilddrüsenerkrankung regelmäßig Medikamente einnehmen muss, sie aber nach den vorliegenden Informationen auch nach drei Wochen noch keinen Zugang zu diesen hat.

Am selben Tag wurde auch **Nahid Falahati**, eine weitere Baha'i-Bürgerin, in Shiraz von den Kräften der Revolutionsgarden (IRGC) festgenommen und in das Adel-Abad-Gefängnis überführt.

Ebenfalls am 23. Juni 2026 wurde **Saeed Hasani** in Shiraz von Agenten der Revolutionsgarden der Islamischen Republik festgenommen. Sie durchsuchten seine Wohnung und beschlagnahmten einige seiner persönlichen Gegenstände. Anschließend wurde er in das Adel-Abad-Gefängnis der Stadt überführt und dort in Einzelhaft genommen. Der 37-jährige Bahá'í aus Shiraz war bereits zuvor wegen seiner Aktivitäten festgenommen worden und musste sich einem Gerichtsverfahren stellen. Er wurde im Juni 2016 festgenommen und nach einigen Monaten gegen Kautionsfreilassung.

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts liegen keine Informationen über die Gründe für die Festnahmen oder die Einzelheiten der erhobenen Vorwürfe vor.

Weitere Vorfälle aus dem Iran:

Monate nach den landesweiten Protesten im Januar 2026 befinden sich noch immer mindestens 159 der während der Demonstrationen in Yazd festgenommenen Personen in Haft. Ermittlungen deuten darauf hin, dass einigen von ihnen Haftstrafen von sieben bis fünfzehn Jahren drohen, während Dutzende weitere noch ohne rechtskräftiges Urteil auf eine Entscheidung warten. Für einige von ihnen, darunter auch eine Reihe junger Häftlinge, gelten Kontaktbeschränkungen und ihre Familien dürfen sie nicht besuchen.

Diese Vorgehensweise, die Verfahren in der Schwebe zu halten und die Gefangenen in Ungewissheit zu lassen, setzt sie und ihre Familien täglich einem großen Stress aus. Übereilte Hinrichtungen ohne Zugang zu einem fairen Verfahren und/oder einem Rechtsbeistand können die Anspannung für die Gefangenen und ihre Familien noch verschärfen.

Die IGFM hat zudem erfahren, dass zwischen dem 11. Juli und dem 1. August 2026 mindestens 23 Gewerbebetriebe in verschiedenen Städten geschlossen wurden. Drei Cafés in Mashhad, Bojnurd und Birjand wurden geschlossen -unter anderem wegen der Nichteinhaltung der Hijab-Pflicht.

Dem Regime gelingt es weiterhin nicht, Rahmenbedingungen für eine nachhaltige und vertrauenswürdige Wirtschaftslage für die Bevölkerung zu schaffen. Durch die Durchsetzung der Propagandavorschriften gegenüber kleinen Unternehmen und die Einschränkung des Internets ist es für Iraner – insbesondere in kleineren Städten – jedoch extrem schwierig geworden, einen stabilen Lebensunterhalt zu verdienen. Die tägliche Inflation, ständige Bedrohungen durch das Regime und die mangelnde Strom- und Wasserversorgung zeigen, wie das islamische Regime das Leben einer ganzen Nation erschwert.

Mali: HMK-„Jederzeit bereit, Gottes Wort weiterzugeben“

(HMK) Seit 2012 tobt in Mali ein Krieg zwischen Regierungstruppen, Rebellen und dschihadistischen Gruppen. Die anhaltende Gewalt hat die Lage der Zivilbevölkerung dramatisch verschlechtert – besonders für Christen. Viele Menschen wurden von Islamisten getötet. Andere, die vertrieben wurden, sind jetzt entwurzelt. Pastor Geremi Lassana kennt den Schmerz vieler Malier aus eigener Erfahrung: 2022 wurden zwei seiner Brüder von Islamisten getötet, ein Jahr später verlor er seinen Onkel und seine beiden Cousins – allein deshalb, weil sie Christen waren.

Trotz allem richtet Pastor Geremi Lassana den Blick der Menschen auf Jesus und die Hoffnung, die über dieses Leben hinausgeht. Mitten im Krieg rüstet er sie mit der stärksten Waffe aus, die es gegen Trauer, Angst und Zerstörung gibt: dem Wort Gottes. Auch viele Muslime bitten in ihrer Not um eine Bibel.

Selbst in den Camps der Fulani, die gezielt Christen verfolgen, verteilt Pastor Geremi Lassana mutig Bibeln. Mit 70 Jahren gibt er alles für Jesus – obwohl er weiß, dass es ihn sein Leben kosten könnte. Er sagt: „Ich könnte niemals damit aufhören, dem Herrn zu dienen. Ich bin jederzeit bereit, loszugehen und Gottes Wort zu verbreiten.“

Bitte beten Sie mit

für Pastor Geremi Lassana, der wegen seines Dienstes sein Leben riskiert. Wenn Sie Christen wie Geremi helfen möchten, freuen wir uns über Ihre Spende unter dem Stichwort „Mali“.

Niger: Entführter US-Missionspilot wieder in Freiheit

Kevin Rideout war neun Monate in Geiselhaft – US-Präsident: Ich habe geholfen

Charlotte (IDEA) – Im westafrikanischen Niger ist ein entführter US-Missionspilot nach mehr als neunmonatiger Geiselhaft freigelassen worden. Das teilte das überkonfessionelle evangelikale Missionswerk „Serving In Mission“ (SIM International) mit Sitz in Charlotte (US-Bundesstaat North Carolina) am 14. August auf seiner [Internetseite](#) mit. Es handelt sich um [Kevin Rideout](#), der seit 2010 im Niger arbeitete. Der dreifache Familienvater transportierte dort Personal, Hilfsgüter und Ausrüstung für humanitäre Projekte in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Zuvor war er kommerziell als Pilot tätig und leitete in einer Baptistengemeinde in Charlotte die Bibelstunde, wie die christliche Plattform „God reports“ berichtete.

Christen beteten für den Entführten

Rideout war in der Nacht zum 22. Oktober 2025 von drei bewaffneten Männern in Niamey, der Hauptstadt des Landes, verschleppt worden. Zu dem Zeitpunkt war er 48 Jahre alt. Während der Gefangenschaft hatten zahlreiche Christen in den USA und weltweit zum Gebet für Rideout aufgerufen. Dazu gehörte unter anderen der Evangelist und Präsident der Billy-Graham-Gesellschaft, Franklin Graham (Charlotte).

Trump: Täter waren dschihadistische Terroristen

Über die Hintergründe der Freilassung ist nichts bekannt. US-Präsident Donald Trump [schrieb auf seiner Plattform](#) „Truth Social“, er sei stolz, zu verkünden, dass Rideout, „ein wunderbarer christlicher Missionar“, wieder in US-Obhut sei. Rideout sei „von dschihadistischen Terroristen in Westafrika entführt“ worden – dem „Epizentrum des islamistischen Terrorismus“, wo es im vergangenen Jahr mehr tödliche Anschläge gegeben habe als anderswo auf der Welt. Er freue sich, geholfen zu haben. Einen Tag nach der Entführung Rideouts gab die US-Botschaft in Niamey eine Sicherheitswarnung heraus, in der darauf hingewiesen wurde, dass US-Bürger im gesamten Niger einem erhöhten Entführungsrisiko ausgesetzt seien. Trump setzt sich für verfolgte Christen in Westafrika ein. Insbesondere die Lage der Christen im Nachbarland Nigeria thematisiert er immer wieder.

Rideout befindet sich in einem guten Zustand

Nach Angaben von SIM International befindet sich Rideout in einem guten gesundheitlichen Zustand. Er werde in Kürze mit seiner Ehefrau Krista, seinen Kindern und den weiteren Angehörigen wiedervereint. Die Familie sei „zutiefst dankbar“ für die weltweiten Gebete während der Gefangenschaft, insbesondere für die Anteilnahme innerhalb der SIM-Familie. Das Missionswerk bat darum, die Privatsphäre der Familie zu respektieren. Das Missionswerk „Serving In Mission“ wurde 1893 gegründet und hat nach eigenen Angaben rund 4.000 Mitarbeiter in 70 Ländern. Für Deutschland dient das Missions- und Hilfswerk DMG interpersonal (Sinsheim/Nordbaden) als SIM-Büro. Auf dem Weltverfolgungsindex 2026 des christlichen Hilfswerks Open Doors steht Niger auf Platz 26 der 50 Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. Von den rund 29 Millionen Einwohnern sind 96 Prozent Muslime und 0,3 Prozent Christen.

Nigeria: Angriff auf das Dorf Ungushi

Der zwiespältige Charakter der Gewalt im Norden Nigerias

Abuja (Agenzia Fides) – Der Angriff auf das Dorf Ungushi verdeutlicht die Vielschichtigkeit der Gewalt, unter der die nigerianische Bevölkerung leidet. Die angegriffene Gemeinde ist überwiegend muslimisch, und auch der örtliche Imam gehört zu den Opfern. Die Angreifer zählen zu einer erst kürzlich gegründeten Gruppe, die sich im Graubereich zwischen Banditentum, organisierter Kriminalität und Dschihadismus bewegt.

Am Abend des 16. Augusts griff eine bewaffnete Gruppe das Dorf Ungushi im Verwaltungsbezirk Kebbe im Bundesstaat Sokoto im Nordwesten Nigerias an und tötete nach Angaben der lokalen Behörden mindestens 32 Menschen. Unter den Opfern befand sich der Leiter der Izala-Jumu'at-Moschee in Ungushi, Imam Aliyu, sowie Bauern, Händler und weitere Bewohner der überwiegend muslimischen Gemeinde.

Dem Massaker ging zwei Tage zuvor, am 14. August, ein Angriff einer bewaffneten Bande auf Teile der Stadt Kebbe voraus. Die Banditen – ob es sich um dieselben handelte, die später die Bevölkerung von Ungushi massakrierten, ist unklar – kamen auf Motorrädern und griffen Anwohner an, plünderten Geschäfte und zerstörten Eigentum.

Die Militärbehörden schrieben den Angriff auf Ungushi der „Lakurawa“-Gruppe zu. Die „Lakurawa“-Gruppe, die oft als Rebellen- oder Terrororganisation bezeichnet wird, scheint sich im komplexen Spannungsfeld zwischen organisierter Bandenkriminalität und religiösem Extremismus zu bewegen und nutzt islamistische Rhetorik, um ihre Gewalt zu legitimieren.

Die Gruppe entstand im Grenzgebiet zwischen Nigeria und Niger und verstand sich zunächst als bewaffneter Schutz für Gemeinden in Gebieten, die ständigen Angriffen krimineller Banden ausgesetzt waren und sich vom Staat im Stich gelassen fühlten.

Im Laufe der Zeit entwickelte sich „Lakurawa“ jedoch zu einer bewaffneten Gruppe, die beschuldigt wird, Schutzgeld von Gemeinden zu erpressen, ihre Autorität über Dörfer durchzusetzen und Zivilisten sowie Sicherheitskräfte anzugreifen. Ihre Aktionen sollen zudem religiös begründet sein.

„Lakurawa“ bewegt sich somit in dem undefinierten Bereich zwischen Banditentum, organisierter Kriminalität und Dschihadismus, der viele Gebiete im Nordwesten Nigerias kennzeichnet.

Einigen Analysten zufolge hat „Lakurawa“ in jüngster Zeit auch Kontakte zu dschihadistischen Gruppen geknüpft, die in benachbarten Sahelstaaten aktiv sind, insbesondere zur Provinz des Islamischen Staates in der Sahelzone. Diese Entwicklung wurde jedoch noch nicht von verlässlichen Quellen bestätigt.

Es ist bezeichnend, dass „Lakurawa“ in mehrheitlich muslimischen Gebieten operiert und dass ihre Opfer überwiegend Muslime sind. Die Gruppe hat Moscheen angegriffen, muslimische Gläubige und religiöse Würdenträger getötet und dabei islamische Terminologie verwendet sowie sich als islamistisch inspirierte Bewegung dargestellt.

Die Sicherheitskrise, mit der weite Teile Nigerias konfrontiert sind, ist daher vielschichtig und lässt sich nicht allein auf eine religiöse Dimension reduzieren. Das Problem besteht darin, dass die Bundesregierung und die Regierungen der 36 Bundesstaaten es über Jahre hinweg versäumt haben, eine nationale Sicherheitsstrategie zu entwickeln, die in der Lage ist, die vielfältigen Krisen, die einen erheblichen Teil der nigerianischen Bevölkerung unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit betreffen, anzugehen und zu lösen.

(L.M.) (Fides 20/8/2026)

Nigeria: UN-Experten warnen vor Gewalt gegen Christen in Nigeria

Brief an Regierung: Frauen und Mädchen sind besonders betroffen

Genf/Abuja (IDEA) – Fünf Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen (UN/Genf) haben die nigerianische Regierung in einem gemeinsamen Schreiben vor einer dramatischen Zunahme religiös motivierter Gewalt gegen Christen und andere religiöse Minderheiten gewarnt. Besonders gefährdet seien christliche Frauen und Mädchen im Norden und in der Mittelregion des Landes. Das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte veröffentlichte den Brief am 13. August, nachdem die 60-tägige Antwortfrist verstrichen war. Darauf weist die Menschenrechtsorganisation ADF International (Alliance Defending Freedom) hin. Verfasst wurde das Schreiben von den UN-Sonderberichterstattern zu Gewalt gegen Frauen und Mädchen, zu willkürlichen Hinrichtungen, zu Minderheitenfragen und zu Folter sowie von der Arbeitsgruppe gegen gewaltsames und unfreiwilliges Verschwindenlassen. Anlass seien Berichte über Tötungen, sexuelle Gewalt, Zwangskonversionen, Zwangsverheiratungen und Entführungen. Die UN-Experten fordern die nigerianischen Behörden auf, unverzüglich gegen die mutmaßlichen Menschenrechtsverletzungen vorzugehen und Opfer wie gefährdete Zivilisten zu schützen. Überdies sollen sie ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommen – etwa zum Schutz der Religionsfreiheit, religiöser Minderheiten sowie von Frauen und Mädchen.

In Nigeria mehr Christen wegen ihres Glaubens getötet als sonst weltweit

Nach Angaben der Experten wurden im vergangenen Jahr in Nigeria mehr Christen wegen ihres Glaubens getötet als im übrigen Rest der Welt zusammen. Von weltweit 4.849 aus religiösen Gründen getöteten Christen im Jahr 2025 entfielen 3.490 (rund 72 Prozent) auf Nigeria. Die Experten führen vier Fälle an, darunter die Entführung und sexuelle Misshandlung zweier Frauen durch bewaffnete Milizen, die Zwangsverheiratung eines 13-jährigen Mädchens sowie den Angriff auf eine 16-Jährige, der die Hand abgeschlagen wurde, nachdem ihre Familie einen Heiratsantrag abgelehnt hatte. Besonders gefährdet seien Frauen in Lagern für Binnenvertriebene, wo junge Mädchen laut den Berichten zu sexuellen Handlungen im Tausch gegen Nahrungsmittel und lebensnotwendige medizinische Versorgung gezwungen würden.

Kritik an Scharia- und Blasphemiegesetzen

Die interreligiösen Spannungen könnten durch die strengen Schariagesetze in den zwölf nördlichen Bundesstaaten weiter verschärft werden, warnen die Experten. Besondere Sorge äußern sie über Blasphemiegesetze und die Todesstrafe für bestimmte religiöse Vergehen. Häufig fingierte Blasphemievorwürfe führten zu Lynchmorden gegen religiöse Minderheiten. Die nigerianische Regierung habe bereits mehrere frühere Mitteilungen von UN-Sonderberichterstattern unbeantwortet gelassen. Nach Angaben des christlichen Hilfswerks Open Doors werden in Nigeria jedes Jahr mehr Christen getötet als in jedem anderen Land der Welt. Auf dem Weltverfolgungsindex belegt der Staat Rang sieben der Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt werden.

Nigeria: Welle der Gewalt geht weiter: Die Massaker der letzten 2 Wochen

Fulani-Hirten haben seit dem 2. August im Bundesstaat Plateau in Nigeria 16 Christen getötet; hinzu kommen Massaker in zwei weiteren Bundesstaaten, wie aus informierten Kreisen verlautete.

Die bewaffneten Hirten hätten in den vergangenen zwei Wochen fünf überwiegend christlich besiedelte Dörfer im Gebiet Riyom südwestlich von Jos überrannt, hieß es. Am Dienstag (12. August) griffen Hirten gegen 20:30 Uhr das Dorf Kyeng und gegen 21:30 Uhr Gwa-Wereng Rim an und töteten dabei zwei Christen, die als Bulus Mwangwong und Stephen Dachollom Kaze identifiziert wurden, sagte der Anwohner Lyop Gabriel.

„Die Fulani-Hirten drangen in die beiden Ortschaften ein und schossen auf die Bewohner“, berichtete Gabriel gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „In den Dörfern Dorong und Jol steckten die Hirten Häuser in Brand und schossen auf christliche Bewohner, die sie entdeckten. Die Angriffe ereigneten sich, während diese Christen in ihren Häusern schliefen.“

Dalyop Solomon Mwantiri, ein Rechtsanwalt in Jos, bezeichnete die Angriffe als „eine beunruhigende Bedrohung für das Leben, die Existenzgrundlage und die Sicherheit von Christen in ländlichen Gemeinden“. Mwantiri betonte, die nigerianische Regierung müsse ihre Bemühungen verstärken, um weitere Gewalt gegen Christen zu verhindern.

Im überwiegend christlichen Dorf Tanjol im Ryom County töteten mutmaßliche Hirten am 4. August drei Christen, sagte der Anwohner Vincent Caleb Alamba. Er identifizierte die Getöteten als Dachung Danjuma, 51; Victor Danjuma, 37; und Nyam Danjuma, 35.

Am 2. August töteten Viehhirten in den überwiegend christlichen Dörfern Torok, Kum und Wereng Camp im Ryom County zehn Christen, sagte der Gemeindevorsteher Rwang Tengwong. Er identifizierte die Getöteten als Jennifer Yohanna, 3 Monate alt; Peace James, 3; Celina James, 38; Yohanna James, 21; Janet Yohanna (18), Sele James (18), Melody James (16), Reto James (10), Endurance James (8) sowie Daniel Danjuma Chong.

Rechtsanwalt Mwantiri bestätigte diese Angriffe und erklärte, dass auch ein ehemaliger Gemeinderat des Wahlbezirks Rim, David Dachollom Danjuma, im Dorf Torok von „mutmaßlich bewaffneten Fulani zusammen mit angeheuerten Banditen“ getötet worden sei. Fom Dalyop Chollom, ein Mitglied der nigerianischen Nationalversammlung, bestätigte die Ermordung des ehemaligen Gemeinderatsmitglieds.

„Dieser sinnlose Terrorakt ist bösartig, barbarisch und ein Angriff auf den Frieden, die Demokratie und die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens“, erklärte Chollom in einer in Jos veröffentlichten Presseerklärung. „Die gezielte Attacke auf einen Gemeindevorsteher ist ein Versuch, Angst zu schüren und unseren Wahlkreis zu destabilisieren.“ Er forderte die Sicherheitsbehörden auf, die Täter unverzüglich festzunehmen und für Gerechtigkeit zu sorgen.

„Ich fordere unser Volk außerdem auf, wachsam, friedlich und geeint zu bleiben. Wir werden nicht zulassen, dass die Feinde des Friedens uns besiegen“, sagte er. „Ich bete darum, dass Gott der Seele des Verstorbenen ewige Ruhe schenkt und der Familie die Kraft gibt, diesen schmerzhaften Verlust zu ertragen.“

Am 10. August hielten Führungskräfte der Evangelical Church Winning All (ECWA) im Dorf Amaha im Kokona County im Bundesstaat Nasarawa eine Trauerfeier für einen ihrer Jugendleiter ab, der am 6. August bei einem Hinterhalt durch bewaffnete Fulani-Hirten getötet worden war. Filibus Usman Kuje, 48, wurde getötet, als er nach der Teilnahme an einer kirchlichen Veranstaltung auf dem Rückweg in sein Dorf war, wie Kirchenvertreter mitteilten. Er war der Jugendleiter des Bezirkskirchenrats von Ungwan Takwa.

„Ich sende euch diese Nachricht mit schwerem Herzen. Wir wünschen Philibus Usman Kuje eine friedliche Nacht“, teilte Naphtali Anzason, ein Gemeindeglied, dem Christian Daily International-Morning Star News in einer SMS mit. „Mögen wir in einer besseren Zukunft wieder vereint sein, in der Liebe und Hoffnung für immer triumphieren, und möge dieser Tag bald kommen. Gute Nacht.“

Die Leiter des ECWA-Bezirkkirchenrats von Ungwan Takwa erklärten in einer Stellungnahme: „Wir bitten eindringlich darum, seine unmittelbare Familie, den Bezirkkirchenrat von Ungwan Takwa und die gesamte Kirche in dieser schweren Zeit mit inbrünstigen Gebeten zu unterstützen. Möge der Herr sie trösten und stärken.“ Im Bundesstaat Benue nahmen am 8. August Tausende Christen verschiedener Konfessionen in Efeyi an einer Beerdigung für 15 Christen teil, die am 28. Juli vermutlich von Fulani-Hirten getötet worden waren, wie Anwohner berichteten.

„Es war ein Tag voller Tränen und Trauer in der Gemeinde Efeyi im Bezirk Ugboju des Verwaltungsgebiets Otukpo, als sich die Einwohner versammelten, um 15 Christen zu beerdigen, die bei einem mutmaßlichen bewaffneten Angriff von Hirten getötet worden waren“, berichtete der Einwohner Odeh Great gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Für die Hinterbliebenen war die Beerdigung ein schmerzhafter Moment, in dem sie den plötzlichen Verlust ihrer Angehörigen verarbeiten mussten. Viele Familienangehörige hatten sichtlich Mühe, ihre Tränen zurückzuhalten, als die Leichen der Opfer zur Beisetzung hergebracht wurden.“

Unter den Getöteten, so sagte er, befanden sich Emmanuel Agwu, Ikpe John, Ameh Fredrick, Owogho Okpe Philip, Onche Abechi, Sunday Alechenu, Isaac's Elembi, Abogonye Ameh, Emmanuel Ejiga, Success Onche, Apem Samuel, Edache Abechi, Chinedu Ameh und Michael Abalike.

„Bei der Beerdigung lag tiefe Trauer über der Gemeinde, während die Trauergäste für die Seelen der Verstorbenen und Trost für ihre Familien beteten“, sagte er. Der Angriff auf Christen in Efeyi, einer überwiegend christlichen Gemeinde, ereignete sich gegen 5 Uhr morgens, als die Angreifer die Christen töteten, die in ihren Häusern schliefen. Der Anwohner Orga Stephen sagte, der Schmerz der Christen in Efeyi sei der Schmerz aller Christen im Land.

„Dies ist nicht einfach nur eine Beerdigung unter vielen, sondern die Beisetzung von Träumen, Hoffnungen, Familien und Zukunftsperspektiven“, sagte Stephen. „Hinter jedem Sarg steht eine trauernde Mutter, ein Vater, der ein Kind verloren hat, Kinder, die ohne einen Elternteil aufwachsen werden, und Familien, deren Leben nie wieder so sein wird wie zuvor. Die Tränen, die bei dieser Beerdigung vergossen werden, erinnern uns an die dringende Notwendigkeit von dauerhaftem Frieden, Gerechtigkeit und Schutz für christliche Gemeinschaften in Nigeria.“

Aleh Pero, ein weiterer Anwohner der Gegend, beschreibt die Trauerfeier ebenfalls als einen Moment der Trauer für die christliche Gemeinde von Efeyi. „Dies ist ein äußerst dunkler Moment für die christliche Gemeinde von Efeyi, die in tiefer Trauer versunken ist“, sagte Pero. „Diese Christen wurden Opfer eines tödlichen Angriffs durch mutmaßliche Fulani-Hirten. So darf es nicht weitergehen. Christen in Nigeria verdienen es, in Frieden ihren Glauben auszuüben, zu schlafen und ohne Angst zu leben.“

„Wir rufen die Regierung, die Sicherheitsbehörden und alle Führungskräfte dazu auf, sich einzusetzen und die christlichen Gemeinschaften in Nigeria zu schützen.“ Laut der Weltverfolgungsliste 2026 von Open Doors wurden vom 1. Oktober 2024 bis zum 30. September 2025 in Nigeria mehr Christen getötet als in jedem anderen Land. Von den 4.849 Christen, die in diesem Zeitraum weltweit wegen ihres Glaubens getötet wurden, waren 3.490 – 72 Prozent – Nigerianer, ein Anstieg gegenüber 3.100 im Vorjahr. Nigeria belegte Platz 7 auf der WWL-Liste der 50 Länder, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein.

Die vorwiegend muslimischen Fulani, deren Zahl sich in Nigeria und der Sahelzone auf Millionen beläuft, umfassen Hunderte von Clans mit vielen verschiedenen Abstammungslinien, die keine extremistischen Ansichten vertreten; einige Fulani bekennen sich jedoch zu einer radikalislamistischen Ideologie, wie die britische Allparteien-Parlamentsgruppe für internationale Glaubensfreiheit (APPG) in einem Bericht aus dem Jahr 2020 feststellte.

„Sie verfolgen eine Strategie, die mit der von Boko Haram und ISWAP vergleichbar ist, und zeigen eine klare Absicht, Christen und wichtige Symbole christlicher Identität ins Visier zu nehmen“, heißt es in dem APPG-Bericht. Christliche Führer in Nigeria äußerten die Ansicht, dass die Angriffe von Hirten auf christliche Gemeinden im „Middle Belt“ Nigerias durch den Wunsch motiviert seien, das Land der Christen gewaltsam zu übernehmen und den Islam durchzusetzen, da es ihnen aufgrund der Wüstenbildung schwerfällt, ihre Herden zu ernähren.

In der nordzentralen Zone des Landes, wo Christen häufiger anzutreffen sind als im Nordosten und Nordwesten, greifen islamistische Fulani-Milizen laut dem Bericht Bauerngemeinden an und töten dabei viele Hunderte Menschen, vor allem Christen. Dschihadistische Gruppen wie Boko Haram und die Splittergruppe „Islamischer Staat in der Provinz Westafrika“ (ISWAP) sind unter anderem auch in den nördlichen Bundesstaaten des Landes aktiv, wo die Kontrolle der Bundesregierung kaum vorhanden ist und Christen sowie ihre Gemeinden weiterhin Ziel von Überfällen, sexueller Gewalt und Morden an Straßensperren sind, so der Bericht. Entführungen zur Erpressung von Lösegeld haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen.

Die Gewalt hat sich auf die südlichen Bundesstaaten ausgeweitet, und im Nordwesten ist eine neue dschihadistische Terrorgruppe namens Lakurawa entstanden, die mit modernem Waffenarsenal ausgestattet ist und eine radikal-islamistische Agenda verfolgt, wie die WWL feststellte. Lakurawa steht in Verbindung mit der expansionistischen Al-Qaida-Rebellengruppe „Jama'a Nusrat ul-Islam wa al-Muslimin“ (JNIM), die ihren Ursprung in Mali hat.

<https://morningstarnews.org/2026/08/herdsmen-kill-at-least-31-christians-in-central-nigeria/>

Pakistan: Brutaler Mord an Christen – bleibt er ungesühnt?

Shahzad Masih und seine Frau Shama Bibi wurden 2014 bei lebendigem Leib verbrannt, nachdem sie aufgrund einer falschen Blasphemie-Anklage von einem muslimischen Mob angegriffen worden waren.

Pakistans Oberster Gerichtshof legte am Donnerstag (13. August) Einzelheiten zum Freispruch vom 9. Juli für drei Muslime vor, die wegen der Verbrennung eines christlichen Ehepaares im Jahr 2014 zum Tode verurteilt worden waren.

Unter Berufung auf Widersprüche und Lücken in der Beweisführung der Staatsanwaltschaft sowie auf unzureichende verlässliche Beweise zur Stützung der Verurteilungen erfolgte das detaillierte, 26-seitige Urteil als Reaktion auf die Anfechtung eines Urteils des Lahore High Court vom 16. Mai 2019 durch die drei Verurteilten; dieses hatte ihre am 23. November 2016 von einem Anti-Terror-Gericht verhängten Todesurteile bestätigt.

Die aus den Richtern Shahzad Ahmad Khan, Aqeel Ahmed Abbasi und Shakeel Ahmed bestehende Dreierkammer des Obersten Gerichtshofs räumte zwar den „schockierenden und brutalen“ Charakter der Straftat ein, stellte jedoch fest, dass es der Staatsanwaltschaft nicht gelungen sei, überzeugende Beweise für die Schuld der Beschwerdeführer vorzulegen. Das Gericht betonte seine Pflicht, Gerechtigkeit zu gewährleisten, und stellte fest, dass eine unschuldige Person ohne zuverlässige Beweise nicht hingerichtet werden dürfe.

Das Gericht stellte zudem fest, dass es keine überzeugenden Beweise dafür gebe, dass das christliche Ehepaar, Shahzad Masih und seine schwangere Frau Shama Bibi, den Koran entweiht habe, wie vor dem Angriff behauptet worden war.

In dem Urteil wurde betont, dass die Schwere des Verbrechens keinen Beweis „über jeden vernünftigen Zweifel hinaus“ ersetzen könne. Das Gericht stellte fest, dass keiner der Angehörigen des verstorbenen Ehepaares als Beschwerdeführer in dem Fall aufgetreten sei.

„Zwar besteht keine Verpflichtung, dass eine FIR [Erste Anzeige] ausschließlich vom gesetzlichen Erben oder Angehörigen des Verstorbenen erstattet werden muss, doch in unserer Gesellschaft treten üblicherweise die gesetzlichen Erben oder Angehörigen des Verstorbenen als Beschwerdeführer auf“, hieß es in dem von Richter Khan verfassten Urteil.

Das Gericht stellte ferner fest, dass keiner der Angehörigen ein im Rahmen der Ermittlungen erstelltes Protokoll als Zeuge unterzeichnet hatte.

„Diese Tatsachen deuten darauf hin, dass zum Zeitpunkt des Vorfalls tatsächlich keine Augenzeugen aus dem Umfeld der Verstorbenen am Tatort anwesend waren“, heißt es in dem Urteil.

Die Richter stellten zudem in Frage, warum der Name des Hauptverdächtigen Muhammad Irfan im FIR fehlte. Zeugen identifizierten Irfan später als die Person, die das Paar in den Ofen gestoßen hatte. Das Gericht hielt es für schwer glaubhaft, dass Zeugen der Polizei Irfans Namen genannt hätten, obwohl dieser im ursprünglichen Bericht nicht vermerkt war.

Das Urteil wies zudem auf einen „Mangel an unabhängiger Bestätigung“ der Vorwürfe gegen die Beschwerdeführer hin. Es berief sich auf etablierte Rechtsgrundsätze, wonach in Fällen, in denen Zeugen fälschlicherweise mehrere Verdächtige beschuldigen, die Verurteilung anderer auf der Grundlage derselben Zeugenaussage ohne unabhängige bestätigende Beweise nicht sicher aufrechterhalten werden kann.

Das Gericht stellte ferner fest, dass keiner der Beschwerdeführer Verbrennungen erlitten hatte und dass sie nicht die Schutzschuhe aus Holz und die nasse Kleidung trugen, die Berichten zufolge für Personen vorgeschrieben sind, die in der Nähe des Brennofens der Ziegelei arbeiten. Diese Umstände, so die Richter, ließen „begründete Zweifel“ an der Beteiligung der Beschwerdeführer aufkommen.

Der Oberste Gerichtshof bekräftigte, dass der Vorteil des Zweifels ein gesetzliches Recht und keine einem Angeklagten gewährte Zugeständnis sei.

„Wenn ein einziger Umstand bei einer besonnenen Person begründete Zweifel an der Schuld eines Angeklagten weckt, hat der Angeklagte Anspruch auf den Vorteil des Zweifels“, hieß es in dem Urteil, unabhängig von der Schwere der mutmaßlichen Straftat.

Das Gericht wandelte daher den Haftantrag in eine Berufung um, gab dieser statt und hob die Urteile der Vorinstanzen auf. Die drei Männer wurden von allen Anklagepunkten freigesprochen und ihre sofortige Freilassung angeordnet, sofern sie nicht in einem anderen Verfahren benötigt werden.

Der Oberste Gerichtshof wies zudem den Antrag der Regierung von Punjab zurück, mit dem diese den Freispruch von 102 weiteren Verdächtigen in diesem Fall angefochten hatte. Das Gericht erklärte, es habe in den Freispruchsentscheidungen der Vorinstanzen „keine wesentliche Rechtswidrigkeit oder falsche Auslegung von Beweismitteln“ festgestellt. Es wies zudem darauf hin, dass von den gesetzlichen Erben von Masih und Bibi keine Berufung gegen diese Freisprüche eingelegt worden sei.

Masih und Bibi, die drei Kinder hatten, wurden am 4. November 2014 von einem Mob brutal zusammengeschlagen, bevor sie in Kot Radha Kishan im Distrikt Kasur in der Provinz Punjab in eine Ziegelei geworfen und bei lebendigem Leib verbrannt wurden. Der Angriff folgte auf Vorwürfe, das Paar habe Seiten des Korans geschändet.

Der polizeilichen Anzeige zufolge riss der Mob das Dach eines Büros ab, in dem das Paar Zuflucht gesucht hatte, zerrte die beiden nach draußen, misshandelte sie und warf sie anschließend in den Brennofen der Ziegelei. Beide verbrannten dabei.

Die am Tatort eintreffenden Polizeibeamten waren Berichten zufolge zahlenmäßig unterlegen und wurden angegriffen, während Zeugen, darunter auch Angehörige der Opfer, nicht eingreifen konnten. Die Beamten leiteten zunächst ein Verfahren gegen 660 namentlich genannte und nicht identifizierte Verdächtige ein.

Im November 2016 verurteilte ein Anti-Terror-Gericht fünf Männer zum Tode und acht weitere zu zwei Jahren Haft. Im Berufungsverfahren sprach das Oberste Gericht von Lahore zwei der fünf zum Tode Verurteilten frei, bestätigte jedoch die Todesurteile gegen Muhammad Irfan, Mehdi Khan und Muhammad Riaz Kumbh.

Der erfahrene christliche Strafverteidiger Lazar Allah Rakha, der zuvor gegenüber Christian Daily International-Morning Star News über den Fall gesprochen hatte, sagte, das Urteil verdeutliche seit langem bestehende Schwächen im pakistanischen Strafrechtssystem.

„Dieses Urteil sollte Anlass zu ernsthaften Überlegungen darüber geben, wie die Strafverfolgung durchgeführt wurde“, sagte Rakha. „In einem Fall, in dem es um ein derart schwerwiegendes Verbrechen ging, waren eine sorgfältige Vorbereitung des Verfahrens, eine effektive Befragung und ein Kreuzverhör der Zeugen sowie eine umfassende Rechtsstrategie unerlässlich. Mängel in diesen Bereichen haben die Anklage unweigerlich geschwächt und zu den Freisprüchen beigetragen.“

Pakistans Blasphemiegesetze stehen seit langem in der Kritik von Menschenrechtsorganisationen und Rechtsexperten, die argumentieren, dass sie häufig missbraucht werden, um persönliche Streitigkeiten beizulegen, Eigentum zu beschlagnahmen und religiöse Minderheiten ins Visier zu nehmen. Obwohl noch niemand vom Staat aufgrund der Blasphemiegesetze hingerichtet wurde, haben Anschuldigungen wiederholt zu gewalttätigen Ausschreitungen, außergerichtlichen Tötungen und langwieriger Untersuchungshaft für die Angeklagten geführt.

Internationale Menschenrechtsorganisationen äußern weiterhin Bedenken hinsichtlich der Behandlung religiöser Minderheiten in Pakistan. In seiner „World Watch List 2026“ stufte Open Doors Pakistan auf Platz acht der 50 Länder ein, in denen Christen der schwersten Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt sind.

<https://morningstarnews.org/2026/08/details-given-in-acquittal-in-killing-of-christian-couple-in-pakistan/>

Saudi-Arabien: Bischöfe – Saudi-Arabien soll Hinrichtung von Christen beenden

Appell an Kronprinz: Hinrichtung von 58 Äthiopiern – meist Orthodoxe – aussetzen

London/Riad (IDEA) – Drei anglikanische Bischöfe in England haben den Kronprinzen von Saudi-Arabien, Mohammed bin Salman, in einem Schreiben gebeten, Hinrichtungen und Folterungen von Christen in saudischen Gefängnissen zu beenden. Das berichtet die anglikanische Wochenzeitung „Church Times“ (London). Die Kirchenleiter appellieren demnach an den Kronprinzen, die Hinrichtungen von 58 Äthiopiern – zumeist orthodoxen Christen – auszusetzen, die sich derzeit in der Todeszelle befinden. Einige von ihnen seien wegen Cannabisschmuggels nach Saudi-Arabien verurteilt worden. Laut den Bischöfen haben kriminelle Händler die Betroffenen gezwungen, die Ware zu transportieren. Die Männer hätten nicht gewusst, dass es sich um Drogen handele. „Wir schreiben nicht, um zu belehren, sondern um einen Appell zu richten“, so die Bischöfe Guli Francis-Dehqani (Chelmsford), Christopher Chessun (Southwark) – er ist inzwischen aus dem Amt geschieden – und Philip Mounstephen (Winchester). Nach ihren Worten sollen die Christen gezielt misshandelt worden sein: „Uns liegen Berichte mehrerer dieser Männer vor, wonach saudische Polizisten bei Überführungen zu Gerichtsverhandlungen die Kreuze entdeckten, die sie um den Hals trugen, diese gewaltsam entfernten und sie körperlich misshandelten.“ Weiter schrieben die Bischöfe: „Berichten zufolge wird das offene Bekenntnis zum christlichen Glauben im Gefängnis unterdrückt oder verboten, und von den Gefangenen wird erwartet, dass sie keine christlichen Symbole zeigen oder vor Gericht auf ihren Glauben Bezug nehmen. Diese Behandlung ist zutiefst beunruhigend.“ Das Recht, seinen Glauben zu haben, auszuüben und zu äußern, auch im Gefängnis, sei ein völkerrechtlich anerkanntes Grundrecht. Der Kronprinz solle dessen Wahrung sicherstellen.

Fünf Äthiopier bereits exekutiert

Fünf äthiopische Christen sollen bereits hingerichtet worden sein, obwohl saudische Beamte den äthiopischen Konsularbeamten zugesichert hatten, ihre Todesurteile auszusetzen und zu überprüfen. „Mithäftlinge berichteten, dass mehreren dieser Männer gesagt wurde, sie würden vor Gericht oder zu Verfahrensanhörungen gebracht, nur um Stunden später hingerichtet zu werden“, so die Bischöfe. In ihrem Schreiben wird die Bedeutung der Beziehungen zwischen Großbritannien und Saudi-Arabien hervorgehoben: „Gerade wegen der Wichtigkeit dieser Beziehungen sind wir überzeugt, dass es im Interesse beider Nationen liegt, dass diese Fälle dringend und transparent behandelt werden.“

Im Weltverfolgungsindex auf Platz 13

Ein Sprecher des britischen Außenministeriums erklärte: „Großbritannien lehnt die Todesstrafe in allen Ländern und unter allen Umständen entschieden ab. Saudi-Arabien ist sich der britischen Ablehnung der Todesstrafe bewusst. Wir bringen unsere Bedenken hinsichtlich dieser Strafe über verschiedene diplomatische Kanäle gegenüber den saudischen Behörden zum Ausdruck.“ Saudi-Arabien belegt im Weltverfolgungsindex des Hilfswerkes Open Doors Platz 13 der Länder, die Christen am stärksten verfolgen. Von den rund 38 Millionen Einwohnern sind sechs Prozent Christen, meist Ausländer. Staatsreligion ist der Islam.

USA: Coca-Cola in der Kritik – Christen vermuten Diskriminierung

Personalisierte Dosen: Bei „Jesus ist king“ kommt eine Fehlermeldung

Atlanta (IDEA) – Der US-Getränkekonzern Coca-Cola steht in der Kritik, christliche Botschaften auf personalisierten Cola-Dosen zu unterdrücken. Bei der „Share a Coke“-Kampagne wies das Online-Tool die Eingabe „Jesus is king“ (Jesus ist König) mit einer Fehlermeldung ab, während Formulierungen wie „Satan is king“ (Satan ist König), „Allah is king“ (Allah ist König) oder „I hate Jesus“ (Ich hasse Jesus) offenbar problemlos möglich waren. Auslöser der Debatte sind Videos, die seit Anfang August auf Social-Media-Plattformen kursieren. Die bis zuletzt in den USA aktive Kampagne sollte es Kunden ermöglichen, das Firmenlogo durch einen Namen zu ersetzen oder mit einer kurzen Botschaft zu ergänzen.

Boykottaufrufe im Netz

Einige Christen sehen in der ungleichen Behandlung eine gezielte Zurücksetzung christlicher Inhalte und rufen zum Boykott auf. Auf Instagram und TikTok verbreiteten sich Videos, in denen Nutzer Cola-Produkte in den Abguss schütten. Ein Nutzer namens Ryan Haff dokumentierte den Vorgang mit einer Live-Demonstration des Personalisierungstools. In den Kommentaren heißt es unter anderem: „Die mächtigste Stimme, die wir haben, ist unser Geldbeutel.“

Konzern spricht von technischem Problem

Coca-Cola reagierte am 8. August mit einer Stellungnahme. Es handele sich nicht um eine religiöse Bevorzugung, sondern um ein technisches Problem in der Vorschaufunktion des Online-Tools, sagte ein Sprecher der US-Nachrichtenplattform Fox News Digital. Dort seien Varianten eingeschränkter Begriffe sichtbar gewesen, die im anschließenden Prüfprozess ohnehin nicht zur Produktion freigegeben worden wären. „Wir haben Schutzmechanismen, um die Freigabe und Produktion von Dosen und Flaschen mit religiösen, politischen, markenrechtlich geschützten, unangemessenen oder anderweitig eingeschränkten Begriffen zu verhindern“, teilte der Konzern dem US-Magazin „Parade“ mit. Die Vorschaufunktion sei vorläufig deaktiviert und die Annahme neuer personalisierter Bestellungen ausgesetzt worden.

Unternehmen behält sich Ablehnung vor

Laut den offiziellen Angaben auf der Unternehmenswebseite behält sich Coca-Cola ausdrücklich vor, Namen oder Phrasen auf personalisierten Produkten abzulehnen. Häufig würden Formulierungen wegen doppeldeutiger Aussagen oder aufgrund „kultureller oder religiöser Empfindlichkeiten“ zurückgewiesen. Bestellungen, die die Moderation nicht bestehen, würden storniert und erstattet. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung waren personalisierte Flaschen und Dosen auf der US-Webseite des Unternehmens als „ausverkauft“ gekennzeichnet.

USA: Personalisierte Ketchup-Flaschen – Heinz blockierte den Namen Jesus

AfD-Politikerin Beatrix von Storch kritisiert den Konzern

Washington/Berlin (IDEA) – Der Ketchup-Hersteller Heinz mit Hauptsitz in den Vereinigten Staaten hat die Personalisierung seiner Flaschen mit dem Namen „Jesus“ zunächst blockiert. Begriffe wie „Allah“ oder auch „Satan“ seien dagegen akzeptiert worden. Dies berichtete die „Bild“-Zeitung. Nach öffentlicher Kritik habe der Konzern seine Internetseite angepasst, sodass Kunden in Großbritannien und Irland nun den Namen „Jesus“ auf die Flaschen drucken lassen könnten. In Deutschland betreibe Heinz keinen eigenen Online-Shop mit dieser Personalisierungsfunktion. Eine Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA an die Pressestelle des Unternehmens blieb bis Redaktionsschluss unbeantwortet. Auch die AfD-Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch griff das Thema auf und schrieb dazu auf der Plattform X (ehemals Twitter): „Christenverfolgung passiert eben auch viel subtiler. Macht das öffentlich: man kann sich nur wehren, wenn man die Gefahr sieht.“ Die „satanischen, islamischen und sonstigen Programmierer bei Heinz“ fürchteten laut von Storch den Namen Jesu. Sie bezeichnete Heinz als „nur ein Beispiel für Firmen, die den woken Trend mitmachen und unsere christlich-abendländische Kultur diskriminieren“. Die Tatsache, dass das Unternehmen die Blockade inzwischen aufgehoben habe, zeige die Macht der Bürger als Verbraucher.

Ähnlicher Fall bei Coca-Cola

Bereits vor einigen Tagen hatte ein [vergleichbarer Vorfall](#) den US-Getränkekonzerne Coca-Cola in die Kritik gebracht. Im Rahmen der Kampagne „Share a Coke“ wies das Online-Tool die Eingabe „Jesus is king“ (Jesus ist König) mit einer Fehlermeldung ab. Formulierungen wie „Satan is king“, „Allah is king“ oder „I hate Jesus“ (Ich hasse Jesus) waren dagegen offenbar problemlos möglich. Einige Christen riefen zum Boykott auf. In den Sozialen Medien verbreiteten sich Videos, in denen Nutzer Cola-Produkte in den Ausguss schütteten. Coca-Cola reagierte mit einer Stellungnahme: Es handle sich nicht um eine religiöse Bevorzugung, sondern um ein technisches Problem in der Vorschaufunktion des Online-Tools, sagte ein Sprecher der US-Nachrichtenplattform Fox News Digital. Dort seien Varianten eingeschränkter Begriffe sichtbar gewesen, die im anschließenden Prüfprozess ohnehin nicht zur Produktion freigegeben worden wären. Gegenüber dem US-Magazin Parade sprach Coca-Cola von „Schutzmechanismen, um die Freigabe und Produktion von Dosen und Flaschen mit religiösen, politischen, markenrechtlich geschützten, unangemessenen oder anderweitig eingeschränkten Begriffen zu verhindern“.

Usbekistan: Goldmedaillengewinner wegen israelischer Flagge disqualifiziert

Bei der Informatik-Olympiade in Usbekistan zeigt ein israelischer Schüler Flagge. Doch die Organisatoren lassen Israelis nur zu, wenn diese auf nationale Symbole verzichten

(von Israelnetz vom 18. August 2026) TASCHKENT (inn) – Weil er bei der Siegerehrung eine Israelflagge präsentierte, ist ein Schüler bei der Informatik-Olympiade (IOI) disqualifiziert worden. Denn seit 2024 erlaubt der Veranstalter Israelis die Teilnahme nur ohne nationale Symbole; Grund ist der Gazakrieg. Bei der Abstimmung sprachen sich zwei Drittel der Delegierten für den Ausschluss aus. Die Regeln gelten auch für Schüler aus Russland und Belarus, wegen des Angriffskrieges gegen die Ukraine.

Die 38. Informatik-Olympiade wurde vom 9. bis 16. August in Usbekistan ausgetragen. Den Wettbewerb organisiert das IOI-Komitee, das sich unter anderen aus Vertretern früherer und zukünftiger Gastgeberländer zusammensetzt. Die 386 Teilnehmer stammen aus 97 Ländern. Insgesamt gewannen sie 31-mal Gold, 62-mal Silber und 94-mal Bronze. Die Israelis, die als unabhängige Teilnehmer antraten, erhielten drei Goldmedaillen und einmal Bronze. Bei der Bekanntgabe der Ergebnisse wurde ihre Nationalität nicht genannt.

Als sich die Gewinner am Samstag auf dem Siegerpodest präsentierten, zog der Zwölfklässler Jotam Budnik eine israelische Flagge hervor und hüllte sich darin ein. Er habe gedacht, dass Politik bei einem wissenschaftlichen Wettbewerb keinen Platz habe, sagte er dem israelischen Sender „Kan“.

Der 17-Jährige aus Rechovot fügte hinzu: „Ich faltete die Fahne und versteckte sie in der Hosentasche. Während ich auf der Bühne stand, zitterten mir die Knie vor Aufregung. Aber sobald ich sie auseinanderfaltete, hatte ich keine Probleme mehr. Ich sah in die Menge und suchte nach Reaktionen, aber ich hörte nicht einmal Buhrufe. Ich lächelte einfach und freute mich.“

Leistung kann niemand rückgängig machen

Doch die Freude wurde getrübt: Die Organisatoren strichen seinen Namen aus den Ergebnislisten und nahmen ihm die Urkunde ab. Als sie ihm auch die Medaille wegnehmen wollten, habe er sich gesträubt. „Sie ist noch bei mir“, sagte Jotam. Sein Name könne wohl aus den Ranglisten gelöscht werden. Aber seine Leistung könne niemand rückgängig machen.

Die Teilnehmer mussten in zwei fünfstündigen Runden jeweils drei komplexe Algorithmusprobleme lösen. Die Israelis hatten dafür im Jugendzentrum der Bar-Ilan-Universität in Ramat Gan trainiert.

Am Wettbewerb in der usbekischen Hauptstadt Taschkent nahm auch ein iranisches Team teil. Die vier Schüler gewannen zwei Silber-, eine Bronze- und eine Ehrenmedaille. Auf der Bühne posierten sie mit der iranischen Flagge.

Die Informatik-Olympiade fand das erste Mal in Zentralasien statt. Im kommenden Jahr ist sie in Deutschland.

Erfolgreich in Mathematik und Informatik

Indes ist Jotam Budnik kein Unbekannter: Bereits drei Wochen vor seinem Informatik-Erfolg hatte er eine Goldmedaille bei der Mathematik-Olympiade in Schanghai [gewonnen](#). Bei diesem internationalen Wettbewerb gelten jedoch andere Regeln, die israelische Nationalflagge ist zugelassen. (eh)

Weltweit: Bischof warnt - Religionsfreiheit weltweit eingeschränkt

Zum UN-Gedenktag für Opfer religiöser Verfolgung am 22. August warnt der Augsburger Bischof Bertram Meier vor Ausgrenzung und der Verfolgung Andersgläubiger.

Zum UN-Gedenktag für Opfer religiöser Verfolgung am 22. August warnt der Augsburger Bischof Bertram Meier vor Ausgrenzung und der Verfolgung Andersgläubiger.

Die katholische Deutsche Bischofskonferenz fordert weltweit mehr Einsatz zur Verteidigung und Förderung der Religionsfreiheit. «Ausgrenzung und schließlich auch Verfolgung Andersgläubiger sind vielerorts trauriger Alltag. Die Gewalt nimmt weltweit eher zu, als dass sie zurückgeht», erklärte der Vorsitzende der Kommission Weltkirche, der Augsburger Bischof Bertram Meier, am Montag anlässlich des UN-Gedenktags für Opfer religiöser Verfolgung am 22. August: «Zu den Opfern gehören Juden, Christen und Muslime, aber auch Angehörige vieler anderer Glaubensgemeinschaften sowie Menschen, die keiner Religion angehören. »Die Kontexte der Gewalt seien vielfältig, fügte Bischof Meier hinzu. So gebe es Länder, in denen die Diskriminierung und Unterdrückung bis hin zu offener Gewalt vom Staat ausgingen, wie etwa Nicaragua, China und Nordkorea. Andernorts seien es religiös-extremistische Gruppen, die Angriffe auf Andersgläubige verübten.

Fatale Verquickung

Die Gewalttaten des sogenannten «Islamischen Staats» und ähnlicher Bewegungen hätten in den zurückliegenden beiden Jahrzehnten die massenhafte Flucht von Christen aus dem Irak und aus Syrien verursacht und das Christentum dort an den Rand seiner Existenz gebracht, hieß es weiter. Heute sei der islamistische Terror vor allem in der Sahel-Region am Werk.

«Und dann gibt es die fatale Verquickung von religiösem Fundamentalismus und nationalistischen Ideologien. Der Hindu-Nationalismus schränkt den Freiheitsraum der nicht-hinduistischen Religionen in Indien immer weiter ein», beklagte Bischof Meier: «Im Heiligen Land betreibt die Hamas mit brutalen Mitteln ein national-religiöses Projekt und die immer gewalttätiger auftretende Siedlerbewegung im Westjordanland greift offen die religiösen Gebäude und damit auch die religiöse Identität der Muslime und Christen an.»

>>> Weitere [Informationen](#) der DBK zum Thema Christenverfolgung Der «Internationale Tag zum Gedenken an die Opfer von Gewalttaten aus Gründen der Religion oder des Glaubens» wurde von den Vereinten Nationen 2019 eingeführt, um auf die religiös motivierte Verfolgung von Menschen aufmerksam zu machen.

In unregelmäßigen Abständen veröffentlicht die Deutsche Bischofskonferenz zusammen mit der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) den [Ökumenischen Bericht zur Religionsfreiheit](#) von Christen weltweit.

Quelle: www.jesus.de

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]